



Kein EZB-Geld, Verhaftung von Mogherini: Schwere Zeiten für von der Leyen

Die EZB gibt keine Bürgschaft für die Enteignung Russlands. Die frühere EU-Außenbeauftragte wurde wegen des Verdachts des Missbrauchs von EU-Geldern verhaftet.

Michael Maier

03.12.2025 03.12.2025, 12:18 Uhr



16.07.2019, Straßburg: Federica Mogherini (r), EU-Außenbeauftragte, gratuliert Ursula von der Leyen nach der Bekanntgabe der Wahlergebnisse im Plenarsaal.

dpa

Rückschlag für die EU-Kommission: Die Europäische Zentralbank (EZB) lehnt die Bürgschaft für eine Zahlung von 140 Milliarden Euro an die Ukraine ab. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wolle damit einen Kredit aufnehmen, um die Enteignung der bei Euroclear eingefrorenen russischen Vermögenswerte zu ermöglichen. Laut einem Bericht der Financial Times (FT) ist die EZB zu dem Schluss gekommen, dass die Idee der Europäischen Kommission gegen ihr Mandat verstoße.

Dies verschärft die Schwierigkeiten Brüssels bei der Aufnahme des gigantischen Kredits gegen die bei Euroclear, der belgischen Wertpapierverwahrstelle, gesperrten Vermögenswerte der russischen Zentralbank. Nach dem Plan der Europäischen Kommission sollten die EU-Länder Staatsgarantien übernehmen, um das Rückzahlungsrisiko des 140-Milliarden-Euro-Kredits an die Ukraine zu teilen. Beamte der EU-Kommission sollen die EZB gefragt haben, ob sie als Kreditgeber letzter Instanz für die

Euroclear Bank, die Kreditsparte des belgischen Instituts, fungieren könne, um eine Liquiditätskrise zu vermeiden. Die EZB lehnte das Ansinnen rundweg ab.



Rückschlag für EU-Pläne: EZB verweigert Garantien für 140-Milliarden-Euro-Kredit für die Ukraine

Die EU ringt weiter um einen milliarden schweren Kredit für die Ukraine. Die EZB sieht rechtliche Risiken, Belgien fürchtet politische Folgen durch Russland.

Von Alexander Schmalz

Internationales 02.12.2025



Die interne Analyse der EZB kam zu dem Schluss, dass der Kommissionsvorschlag einer direkten Finanzierung von Regierungen gleichkäme, da die Zentralbank die finanziellen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten übernehmen würde. Die EZB erklärte demnach: „Ein solcher Vorschlag wird nicht in Erwägung gezogen, da er höchstwahrscheinlich gegen EU-Vertragsrecht verstoßen würde, das monetäre Finanzierung verbietet.“

Belgien leistet weiter Widerstand

Belgien hat den neuen Gesetzesvorschlag der Europäischen Union zurückgewiesen, der die Nutzung eingefrorener russischer Vermögenswerte zur Besicherung eines Kredits für die Ukraine vorsieht. Die Äußerungen erfolgten laut Bloomberg nur wenige Stunden, bevor die Europäische Kommission, einen Vorschlag veröffentlichen will: Darin soll die EU ermächtigt werden, bis zu 210 Milliarden Euro zur Besicherung von Krediten für die Ukraine zu verwenden. „Der Text, den die Kommission heute vorlegen wird, geht nicht zufriedenstellend auf unsere Bedenken ein“, sagte der belgische Außenminister Maxime Prevot am Mittwochmorgen vor einem NATO-Treffen in Brüssel.

Festnahme von Mogherini setzt EU weiter unter Druck

Die EU ist am Dienstag noch an einer anderen Front unter Druck geraten. Das US-Magazin Politico schreibt: „Ursula von der Leyen steht vor der größten Herausforderung für die Rechenschaftspflicht der EU seit einer Generation – eine Betrugsuntersuchung, die zwei der größten Namen in Brüssel ins Visier nimmt und droht, zu einer ausgewachsenen Krise eskalieren zu lassen.“

Die ehemalige EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini war im Zusammenhang mit Ermittlungen wegen des Verdachts auf Missbrauch von EU-Geldern festgenommen worden. Mogherini befindet sich derzeit in Polizeigewahrsam, berichtete die Nachrichtenagentur AFP. In dem Verfahren geht es um Gelder der Elite-Universität College of Europe in Brügge, der die Italienerin inzwischen als Rektorin vorsteht. Auch Mogherinis Stellvertreter sowie der

EU-Beamte Stefano Sannini wurden den Angaben zufolge festgenommen. Sannini ist ein italienischer Diplomat und ehemaliger Generaldirektor des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD). Mogherini und Sannini wurden am späten Dienstagmittag wieder auf freien Fuß gesetzt, sie werden als Verdächtige geführt.

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft hatte das College of Europe in den Jahren 2021 und 2022 den Zuschlag für das vom EAD ausgeschriebene Programm erhalten und dafür Fördergelder kassiert. Zuvor hatte der EAD das Programm demnach öffentlich ausgeschrieben. Die Ermittler prüfen nach eigenen Angaben, ob sich der EAD und die Universität vorab abgesprochen haben. Ein solches Vorgehen wäre verboten, weil das College of Europe in der Ausschreibung damit eine Vorzugsbehandlung erhalten hätte.

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.